

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neuenbürg.

№. 128

Freitag den 5. Juni 1931

89. Jahrgang

Ueber den Inhalt der Notverordnung

Ueber den Inhalt der zur Stunde von Regierungsseite noch heimlich gehaltenen Notverordnung erfahren wir von gut informierter Seite folgende Einzelheiten.

Der Gehalt der Krisensteuer ist praktisch im wesentlichen abgeändert auf eine

Sonderbesteuerung der Lohnempfänger.

Alle Festangestellten sollen dazu herangezogen werden, und zwar beginnt die Steuer ziemlich dicht an der Freigrenze (nach einer Version bei 200, nach einer anderen bei 300 Mark Monatslohn) mit 1 Prozent und steigt allmählich auf 4 Prozent. Der Arbeitgeber zieht sie bei der Auszahlung des Gehaltes unmittelbar ab. Sie wird also nicht vom steuerpflichtigen Einkommen, sondern von der Gehaltshöhe des Arbeitseinkommens erhoben werden. Dazu tritt dann aber noch für alle Zinsen, also auch wieder für die Festangestellten, so weit sie mehr als 8000 Mark Jahreseinkommen haben, ein neuer Zuschlag zur Einkommensteuer, der ebenfalls mit 1 Prozent einsetzt und bei den Höchstgehältern bis zu 5 Prozent durchschlägt ist. Wie stark sich die Belastung für den Einzelnen stellt, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, weil die Schätzung der Stala fast bis zur Stunde kritisch ist.

Bei den Beamten tritt neben die Gehaltserhöhung noch der Fortfall der Hälfte der Zulage für das erste Kind. Die höheren Beamten werden außerdem noch zum Zuschlag der Einkommensteuer herangezogen, während die Kommunalbeamten ein drittes Opfer bringen müssen durch die Eingliederung ihres Gehaltes in die Reichsbesoldungsordnung.

Die Reichsmittel sind auch diesmal mit gutem Beispiel voranzugehen und haben sich einen weiteren Abzug von zehn Prozent ihres Gehaltes auferlegt, nachdem sie schon bei dem letzten Abbau auf 20 Prozent verzichtet hatten.

Die Umsatzsteuer

Soll auch diesmal nicht völlig überzogen werden. Man will sie in Zukunft nicht mehr — wie bisher — vierteljährlich, sondern monatlich einzahlen und erhofft davon ein Plus von 80 Millionen Mark.

In der Frage der

Arbeitszeitverkürzung

enthält, die — wie bekannt — von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften der Reichsregierung gegenüber äußerst dringlich gemacht wurde, ist eine Entscheidung bis zur Stunde noch immer nicht getroffen. Das Reichskabinett hat noch am Mittwoch vormittag über diese Frage beraten und nach kurzer Pause am Nachmittag die Diskussion hierüber fortgesetzt. Es handelt sich bei den innerhalb des Rahmens noch bestehenden Differenzen um die Frage, ob in Anlehnung an das Brauns-Gutachten beispielsweise den Arbeitern in den Eisenbahn- und Postverwaltungen, in den Anstalten der Wasserbauverwaltung und in anderen unmittelbar oder mittelbar vom Reich abhängigen Betrieben die 40-Stundenwoche durchgesetzt werden soll. Wenn diese Arbeitszeitverkürzung außerdem auf die entsprechenden Betriebe der Länder in ähnlicher Weise ausgedehnt werden, so könnten beträchtliche Mengen beschäftigungsloser Arbeiter untergebracht werden.

Kennzeichnend sind jedoch im Reichskabinett, sowohl beim Reichsinnenministerium als auch beim Reichsfinanzministerium,

ernte Bedenken gegen diese Pläne

entstanden. Im Reichsfinanzministerium befürchtet man nämlich, daß bei einer Einführung der 40-Stundenwoche eine so große Anzahl von Lohnempfängern unter die steuerpflichtige

Grenze kommen würde, daß ein erheblicher Anstieg der Lohnsteuer zu verzeichnen wäre.

Es ist jedoch anzunehmen, daß die Differenzen hierüber in letzter Stunde beigelegt werden und wenn wir richtig unterrichtet sind, so besteht die Aussicht, daß das Kabinett sich auf eine „Kann“-Vorbescheid einigt, durch die die Regierung ermächtigt wird, die Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden zu verkürzen.

Aus den Bestimmungen der Notverordnung

Berlin, 4. Juni. Wie der „Parlamentarier“ von unterrichteter Seite erfährt, ist in dem Notverordnungsabdruck, der sich mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigt, eine Ermächtigung für die Reichsregierung enthalten, einzelne Gewerbebetriebe von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung unter gewissen Bedingungen zu befreien bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Versicherungsleistungen an die betreffenden Arbeiter und Angestellten. Diese Maßnahme dürfte zunächst für den Steinkohlenbergbau zur Anwendung kommen, um eine Kohlenpreissenkung um 6 bis 7 Prozent und damit eine Produktionsbelebung herbeizuführen.

Notverordnung und Deutsche Volkspartei

Stuttgart, 4. Juni. Eine erweiterte Ortsvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei Groß-Stuttgart hat einstimmig die Ablehnung folgenden Telegramms an die Reichsregierung und an den Reichstagsabgeordneten Reichardt beschlossen: Die angeführte Notverordnung verurteilt allergrößte Verunsicherung und erfüllt alle Kreise mit ernster Sorge. Wie bisheriger Finanz- und Wirtschaftspolitik muß endgültig gebrochen werden; Krisensteuer, weiterer Gehaltsabbau sind untragbar. Dringend gefordert werden Einsparungen und Tribut-Revisionen.

Der Gewerkschaftsring zur neuen Notverordnung

Stuttgart, 4. Juni. Der Landesvorsitzende des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände hat mit großer Besorgnis die Veröffentlichung der neuen Notverordnung geprüft. Leider richtet sich auch die neue Notverordnung in der Hauptsache gegen die breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Besteuerung der veranlagten Einkommen steht in keinem Verhältnis zu der neuen Belastung der Arbeiter und Angestellten. Es ist ein Bruch des Versicherungsgedankens, wenn man die Lohn- und Gehaltsempfänger mit über 300 RM. bis 700 RM. Monatslohn ohne entsprechende Gegenleistungen voll zur Arbeitslosenversicherung heranzieht. Die Herausnahme der Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung ist nicht nur im höchsten Grade ungerade, sondern auch für Staat und Wirtschaft gefährlich. Der Wegfall der Lohnsteuer-Rückstellungen belastet die Vermögen der Armen, was geradezu unverständlich ist, wenn man den die nachsichtige Besteuerung der Millionen-einkommen entgegenhält. Unverständlich ist für die breite Öffentlichkeit, daß trotz des förmlichen Verlangens die neue Notverordnung an der Beseitigung des Doppelverdienereinfachens und an der Derabsetzung der hohen Pensionen schwach vorbeigeht. Unter diesen Umständen wird das Vertrauen der Lohn- und Gehaltsempfänger in die Reichsregierung aufs schwerste erschüttert.

Was ist die französische Freundschaft wert?

Die Tatsache, daß das mächtige deutsche Kaiserreich sich schon vor dem Kriege fast ohne Freunde sah, während es die Politik der französischen Republik von Gambetta bis Poincaré in vorbildlicher Weise verstand, Sympathien für Frankreich zu erwerben, so daß bis zum Jahre 1918 26 Staaten als Bundesgenossen um die Trifolore versammelt waren, hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veranlaßt, unter der Ueberschrift „Was ist die französische Freundschaft wert?“ eine Artikelserie zu veröffentlichen, in der hervorragende Kenner einzelner europäischer Staaten und Amerikas diese Frage beantworten. So untersucht den Wert der französischen Freundschaft für Rumänien Generalmajor z. D. v. Lewinsky, für England Dr. Walter v. Simfon, für Jugoslawien der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft Hans Jürstemberg, für die Tschechoslowakei der Reichstagsabgeordnete v. Lindner-Wildner, für Polen das Mitglied des Preussischen Staatsrats Freiherr v. Gahl und für Italien ein unbekannter Verfasser. Unter diesen Staaten nehmen nach dem Artikel zwei eine Ausnahmestellung ein. Für die Vereinigten Staaten ist der Wert der französischen Freundschaft im Verhältnis zu anderen großen Nationen materiell gering. Für manche Ziele der Washingtoner Regierung steht Frankreich sogar hindernd im Wege. Im Verge des sogenannten hundertprozentigen Amerikaners besteht aber nach wie vor eine warme Zuneigung für Frankreich, die noch auf die Zeiten zurückzuführen ist, als Amerika mit französischer Unterstützung und angeregt durch die Ideen der französischen Revolution um seine Unabhängigkeit kämpfte. Das Italieni-Russland, erklärt der unbekannt Verfasser, hat die Frage nach dieser Freundschaft bisher ernsthaft nicht gestellt und konnte sie nicht stellen, weil sich auf allen Gebieten des politischen Lebens Frankreich im Laufe der letzten Jahre zum natürlichen Begier des schicksalhaften Strebens nach Ausweitung und Vergrößerung der italienischen Macht entwickelt hat. Wie die Dinge heute und in Zukunft liegen, sei die französische Freundschaft für Italien nur eine Theorie.

Für alle anderen in der Kassafrage behandelten Staaten hat die Freundschaft zu Frankreich einen doppelten Grund, einen geistig-gefühlsmäßigen und einen politisch-wirtschaftlichen. Die kulturelle Einigung zu Paris ist allen westlichen Nationen gemeinsam. Ihre führenden Männer haben zum Teil in Paris ihre geistige und politische Bildung erhalten, und die französische Kultur, speziell in Paris, besitzt für sie außerordentliche Anziehungskraft. Für Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei hat der „Sieg“ an der Seite Frankreichs weitgehende Erfüllung nationaler Aspirationen gebracht. Das gemeinsame Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa ebenso wie ihr Geldbedürfnis und der Umstand, daß die nächste erreichbare Quelle Frankreich ist, kultivieren sie an dieses Land. Für Polen tritt zu den jahrhundertalten geistlich-moralischen Beziehungen, die durch eine gewisse Charaktergleichheit beider Völker vertieft werden, der ebenfalls bereits auf Ueberlieferungen beruhende gemeinsame Gegensatz gegen Deutschland-Preußen. Auch bei den Beziehungen Englands zu Frankreich spielt die Tradition eine große Rolle. Daß die „Entente cordiale“ schon über ein Vierteljahrhundert besteht, ist bei dem konservativen Grundcharakter des Engländers von großer Bedeutung. Dazu kommt, daß das unter einer schweren wirtschaftlichen Depression leidende Großbritannien ein hartes politisches Ausdehnungsbedürfnis hat und ihm daher ein freundschaftliches Verhältnis zu der beherrschenden Macht des Festlandes, deren Ziel die Vermeidung von Unruhe ist, außerordentlich wichtig sein muß. Die politischen Probleme Englands scheinen heute ohne die Mitwirkung Frankreichs nicht lösbar.

Die Durchführung des Haager Schiedsverfahrens in der Zollfrage

Haag, 4. Juni. Wie wir hören, hat der Haager Gerichtshof, der vom Völkerbundsrat bekanntlich um ein Reduzieren über den Plan der deutsch-österreichischen Zollunion erlucht worden ist, inzwischen den beteiligten Regierungen, darunter auch der deutschen Regierung seinen Bescheid über die Durchführung des Verfahrens mitgeteilt. Danach können die Regierungen bis zum 1. Juli d. J. dem Gerichtshof eine schriftliche Darstellung ihres Standpunktes einreichen. Nach Austausch der eingehenden Schriftsätze soll dann in der zweiten Hälfte des Juli eine Sitzung stattfinden, in der die beteiligten Regierungen durch ihre Vertreter nochmals zu Wort kommen. Der Gerichtshof wird sein Gutachten daraufhin im Laufe des Monats August verkünden. Zum Vertreter der deutschen Regierung vor dem Gerichtshof ist der Universitätsprofessor Dr. Bruns, Direktor des Institutes für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin, bestellt worden.

Deutscher Protest in Paris

Berlin, 4. Juni. Wie wir erfahren, ist nunmehr festzustellen, daß es sich bei den Flugzeugen, die gestern um 9:45 Uhr über der See von Vortum geschickt worden waren, um zwei französische Militärflugzeuge gehandelt hat. Die Flugzeuge kamen von Kopenhagen und hatten Einflugsverbot für die Ueberschneidung des deutschen Gebietes. Die deutsche Botschaft in Paris ist angewiesen worden, auch in diesem Falle der Verletzung der deutschen Lufthoheit Protest zu erheben.

Die Reparationsfrage auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf

Genf, 4. Juni. Der holländische Arbeitgebervertreter van der Vorm stellte auf der heutigen Vollversammlung der internationalen Arbeitskonferenz die Frage der Reparationen und internationalen Schulden in den Vordergrund seiner Ausführungen. Er nahm auf die auch im Bericht des Internationalen Arbeitsamtes festgestellte Gleichgewichtshörnung im internationalen Handel durch die einseitigen Belastungen, der verschiedene Staaten durch Reparationen und Schulden ausgesetzt sind, bezug und erwähnte eine auch im Bericht des Internationalen Arbeitsamtes skizzierte Äußerung des früheren italienischen Finanzministers Dr. Stefani, der gesagt habe, die Frage der Schulden und Reparationen müsse wieder angegangen werden, nicht aus Wohlwollen für das eine oder andere Land, sondern aus allgemeinen Rücksichtserwägungen, die auch den Gläubigerstaaten zugute kämen. Diese Frage, führte der holländische Vertreter aus, gehöre gewiß nicht zur formalen Zuständigkeit der Internationalen Arbeitskonferenz, aber man könne an ihr nicht vorbeigehen, denn sie habe einen gewissen Einfluß auf die Frage, mit der sich die Konferenz hauptsächlich zu beschäftigen habe, nämlich der Frage der Arbeitslosigkeit. Auch die Frage der Schulden und Reparationen müsse in wahrhaft internationaler Weise behandelt werden. Man dürfe nicht sagen, daß sei eine politische oder wirtschaftliche Frage, die das Internationale Arbeitsamt nichts angehe. Es sei unmöglich, die beiden Gesichtspunkte von einander zu trennen.

Er wandte sich ebenso, wie es der Vertreter der englischen

Arbeitergruppe vorher getan hatte, gegen die Angriffe, die in der gestrigen Sitzung der Arbeitgebergruppe der englische Arbeitgebervertreter und auch der englische Regierungsvertreter gegen den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, gerichtet hatten. Von diesen Angriffen rüde die Arbeitergruppe ab. Müller erklärte, er habe auch kein Verständnis für die Haltung der englischen Arbeiterregierung. Wenn England das Washingtoner Abkommen über den Arbeitsstandesrat ratifiziert hätte, dann hätte kein anderes Land zurückbleiben können. Namentlich die deutschen Arbeiter hätten die Haltung Englands bedauert. Der Direktor habe in früheren Jahren wiederholt auch an deutschen Maßnahmen Kritik geübt; auf deutscher Seite hätte man sich demgegenüber aber weniger empfindlich gezeigt als jetzt die englische Regierung. Der Bericht des Direktors über die Arbeitslosigkeit, führte Müller aus, lasse den Schwanzen vermissen, mit dem das Problem angepackt werden müsse. Man sehe keine Lösungen. Die 40-stündige Arbeitswoche müsse eingeführt werden. Die Arbeitslosigkeit werde eine Dauererscheinung des kapitalistischen Systems bleiben und deshalb müsse eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit eintreten.

Rur durch die Erhöhung der Kaufkraft könne das Problem dauernd gelöst werden. Preissteigerungen seien die wirkungsvollsten Maßnahmen. In seinem Bedauern müsse er hier erklären, daß die deutschen Arbeitgeber ihre ganze Kraft auf eine Senkung der Löhne konzentrierten, statt die deutsche Regierung in ihrem Bemühen, die Preise herabzusetzen, zu unterstützen. Die Produktion müsse unter die Kontrolle des Staates gestellt werden. Müller schloß, daß im Hintergrund der jetzigen Krise Chaos, Bürgerkrieg und namenloses Elend lauert.



Sozialdemokratischer Parteitag

Die Opposition wird gerüstet

Leipzig, 3. Juni. Am Mittwoch wurde auf dem Sozialdemokratischen Parteitag zunächst die Aussprache über die Fortsetzung von Breitscheid und Söhlmann weiter fortgeführt. Aufhäuser legte eine Entschließung vor, in der es u. a. heißt: „Eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die statt der Erschließung ausreichender Einnahmen die Verminderungen der Kräfte in ihrer langen Lebensdauer durch weiteren Leistungsabbau noch mehr vergrößert, würde auf den entscheidenden Widerstand der Sozialdemokratie stoßen. Ebenso wendet sich der Parteitag gegen eine Neuverteilung, die auch noch die aus der Versicherung bereits Ausgeschiedenen mit einer Verschlechterung der Unterstützungsbestimmungen bedroht. Die Sozialdemokratische Partei wird in ihrer künftigen Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen, daß es gelingt, die lebenswichtigen Arbeiterinteressen zu sichern.“

Kohmann wandte sich dagegen, daß man an der entscheidenden Rot der dreiten Klasse keine Oppositionsführer losbringe. Reichstagsabgeordneter Kurt Frankfort a. M., einer der neun Disziplinbrecher, erklärte:

„Die Klassen wüßten besser, was ihnen fromme, als die Akademiker. Es könnte sein, daß in absehbarer Zeit die Partei die Fühlung mit den Massen verliere.“

Hg. Lettinghaus-Schäfer, der ebenfalls gegen die Sanierungs-Kate getimmt hatte, meinte, daß die Rotverordnungen eine gewaltige Mehrzahl der Partei mit sich bringen könnten, wenn man gegen sie ankämpfe. Kurt durch Tolerierung zu ihrer Annahme verheißt.

Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid wies darauf hin, daß der Faschismus in Deutschland eine große Augenweide sei — wenn auch nicht eine Gefahr für die Zukunft sei und zwar vor allem angesichts der Wirtschaftslage und der geistigen Einstellung unserer Kreise. Es sei aber wohl gelungen, wenigstens etwas für die Arbeiterschaft zu retten und es habe auch ein gewisser Einfluß auf die Fassung der Rotverordnungen ausgeübt werden können. Der Parteitag sei auch nicht die Zukunft, in einer Frage wie der der Rotverordnung in allen Einzelheiten das entscheidende Wort zu sprechen. Er könne nur die großen Richtlinien geben, nicht die Beschlüsse.

Weiter wandte sich Breitscheid gegen die Behauptung Kohlenfelds, daß ein Bruch der grundsätzlichen Politik vorliege in der Haltung zur Sanierungsfrage.

Von einer Aufklärung sei keine Rede, denn es würden nur im Rahmen des Verfallener Vertrages alte Schiffe durch neue ersetzt. Er sei jedoch unter Umständen — er sage das ganz offen — bereit, einen Bruch mit alten Programmforderungen auf sich zu nehmen.

Das Schlusswort Söhlmanns zum Bericht über die Arbeit der Reichstagsfraktion, mit dem die Nachmittags-Sitzung begann, enthielt die Warnung an die Opposition, bei aller Kritik positiv eingestellt zu sein und anzuerkennen, daß alle Arbeit der Fraktion nach bestem Willen getan worden sei und werde. Der Grund der Tolerierungspolitik sei gewesen, zu verhindern, daß die Wirtschaftskrise verstärkt und das ganze parlamentarische System in Deutschland erschüttert werde. Söhlmann betonte die Ablehnung von Entschliessungen, die die Fraktion noch vor Erscheinen der Rotverordnungen binden sollten.

Dann begann die Abstimmung. Mit übergroßer Mehrheit wurde der Antrag des Parteivorstandes und des Parteianschlusses angenommen, wonach der Parteitag das Verhalten der Opposition bei der Abstimmung über den Sanierungsertrag mißbilligt.

In namentlicher Abstimmung bei Stimmrecht auch der Reichstagsabgeordnete wurde sodann folgender von Parteivorstand und Parteianschluss vorgelegter Antrag mit 21 gegen 62 Stimmen angenommen:

„Der Parteitag fordert von den Fraktionen in allen öffentlichen Körperlichkeiten ein einheitliches und geschlossenes Auftreten. Die Fraktionen werden ermächtigt, vor Abstimmungen den Fraktionszwang zu beschließen. Zuwiderhandlungen gelten als parteischädigendes Verhalten. Ein solches parteischädigendes Verhalten bedingt dann den Ausschluss des Betroffenen.“

Angenommen wurde auch ein Antrag des Parteivorstandes und Parteianchlusses, nach dem der Parteitag davon Kenntnis nimmt, daß die Reichstagsfraktion sobald nach dem Erscheinen der neuen Rotverordnung zusammentreten und unter Berücksichtigung der gesamten politischen Situation über die Frage der Einberufung des Reichstages entscheiden wird.

Weiter wurde eine Entschliessung angenommen, die ausdrückt, daß die Brotvermehrung in scharfem Widerspruch zu den politischen Versprechungen stehe, die die Reichsregierung bei Verabschiedung des letzten Jahrgesetzes gegeben habe. Die Reichstagsfraktion solle ihren ganzen Einfluß ausüben, damit die Erhöhung des Brotpreises umgehend wieder rückgängig

gemacht werde, die angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit und des umfangreichen Lohn- und Gehaltsabbaues völlig untragbar sei.

Kußerdem fand der dem Vorschlag Aufhäuser entsprechende Antrag Annahme, der u. a. Aufrechterhaltung der bisherigen Sozialversicherung verlangt und sich auch gegen eine Neuverteilung der Arbeitslosenversicherung wendet.

Die Verhandlungen wurden dann am Donnerstag vertagt.

Die Donnerstagsitzung

Leipzig, 4. Juni. Nachdem in der heutigen Nachmittags-Sitzung des sozialdemokratischen Parteitages beschlossen wurde, nur noch Vertretern der jüngeren Generation zum Thema „Partei und Jugend“ das Wort zu geben, sprachen u. a. a. Hage-Dortmund, der jüngste und erst 20 Jahre alte Delegierte des Parteitages.

Nach dem Bericht Ollenhauers wurde die von ihm vorgeschlagene Entschliessung und der Antrag des Parteivorstandes auf Aufhebung des Beschlusses des Rastatter Parteitages über die Einberufung von sozialistischen Gruppen angenommen. Dann erhaltete Bestpaal den Bericht des Parteivorstandes. Er wandte sich gegen die Beschlüsse gegen die Sozialdemokratie und die Herabsetzung der Partei in den eigenen Reihen, verlangte eine Stärkung des Reichstages und erklärte, daß die Partei sich gegen alle Gegner behaupten werde. Hierauf wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Der neue Parteivorstand des S.P.D.

Wels — Crispian — Vogel

Berlin, 3. Juni. Die Wahl des Parteivorstandes der S.P.D. durch den Parteitag ergab für Otto Wels die größte Stimmenzahl. Crispian und Hans Vogel erhielten die gleiche Stimmenzahl.

Der Kandidat der Opposition zum Parteivorstand, der Reichstagsabgeordnete Seidewitz, erhielt nur 51 Stimmen; er ist nicht gewählt.

Wiedergewählt wurden die bisherigen Sekretäre. Die Wahl der Prüfer erfolgte nach dem Vorschlag des Parteivorstandes. Die bisherigen Mitglieder wurden wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurden Breitscheid und Lisse-Berlin.

Einberufung der soz. Reichstagsfraktion

Berlin, 3. Juni. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt, dem „Vorwärts“ zufolge, zur Veranstaltung der durch die neue Rotverordnung geschaffenen Lage am kommenden Mittwoch zusammen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist für Freitag einberufen worden.

Nationalsozialisten verlangen Reichstags-Einberufung

Berlin, 4. Juni. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag in Reichstag eine Sitzung ab, in der sie zwei Entschliessungen faßte. Die eine richtete sich gegen den Terror marxistischer Mörderbände unter Hinweis auf die Ermordung mehrerer Stahlheimmitglieder und macht den Reichspräsidenten und die Reichsregierung auf die hierüber von Tag zu Tag wachsende Erbitterung nationaler Kreise aufmerksam. Die Fraktion wolle die Regierung für alle daraus mit Notwendigkeit entstehenden Folgen schon heute verantwortlich machen. Die zweite Entschliessung befaßte sich mit der bevorstehenden Rotverordnung. Ihr Schlußsatz lautet: Die Reichstagsfraktion der N.S.D.A.P. legt gegen diese neuen angeblich der Sanierung der Reichsfinanzen dienenden Maßnahmen scharfste Verwahrung ein, weil sie nur zur weiteren Verelendung der werktätigen Massen des deutschen Volkes und zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen und verlangt zum Zweck ihrer Aufhebung die sofortige Einberufung des Reichstages.

Die amerikanische Regierung über Chequers

Washington, 4. Juni. Einer Erklärung im Staatsdepartement zufolge betrachtet die Regierung der Vereinigten Staaten die Zusammenkunft in Chequers als eine rein private Unterhaltung zwischen den deutschen und britischen Staatsmännern. Trotzdem habe sie aber ein großes Interesse an dieser Konferenz, da sie ihr — gleichgültig, welches Resultat sich dort ergebe — einen bedeutenden Einfluß auf die außenpolitische Gestaltung während der nächsten Monate beimeße.

Furchtbare Bluttat einer geisteskranken Mutter

Singen a. S., 4. Juni. In plötzlich eingetretener geistiger Unmündigkeit hat die Ehefrau des Landwirts und Strassenwärters Emil Maier im benachbarten Dorfe Hülzingen heute früh ihre vier Kinder, während sie noch schliefen, mit einer Art erschlagen. Die Kinder, von denen das älteste 9 und das jüngste 2 Jahre alt waren, sind kurz nach der schrecklichen Tat gestorben. Der Gemann befand sich während der Bluttat seiner Frau im Stall, um das Vieh zu füttern. Die Geisteskranke wurde einer Heilanstalt überwiesen.

Aus Stadt und Bezirk.

(Wetterbericht.) Donnerstags beherrschte die Wetterlage und läßt für Samstag und Sonntag mehrfach weiteres, aber zu Gewitterbildungen geeignetes Wetter erwarten.

Waldbad, 4. Juni. (Schießsport.) Am Samstag den 30. und Sonntag den 31. Mai hielt die Kleinkaliber-Schützenabteilung der Krieger- und Militärvereine des Bezirks Neuburg ihr diesjähriges Freischießen ab. In großer Anzahl waren Schützen aus nah und fern erschienen, so daß auf sämtlichen Ständen meistens Hochbetrieb herrschte. Dank vorzüglicher Organisation und Vorbereitung klappte alles, was mit dem Schießbetrieb zusammenhing, tadellos. 106 Schützen und 8 Jungschützen kämpften im edlen Wettkampf. Der in der Rembahalle aufgebauten Gabelschütz war außerordentlich und mit wertvollen und nützlichen Gegenständen ausgestattet. Jeder anwesende Schütze war vom Gebotenen begünstigt. Deshalb wurde alles darangesetzt, um einen der Preise zu erlangen. Im Ganzen wurden 811 Serien gelöst und mehr als 3000 Schuß abgegeben. Das Ergebnis war:

Gruppenschießen: 5 Mann je 3 Schuß liegend, stehend und liegend freihändig: 1. Preis Döbel 100 Ringe, 2. Schwann 73, 3. Birkenfeld 37, 4. Ottenhausen 32, 5. Calmbach 31, 6. Feldmann 28, 7. Dönnach 25 Ringe.

Die Gruppe 1 Waldbad erreichte 331 Ringe, die Gruppe II 235 Ringe. Die liegende Gruppe Döbel erhielt den vom Krieger- und Militärverein Waldbad gestifteten Wanderpokal und die nachfolgenden Gruppen erhielten Plaketten, Ketten und Diplome.

Einzel-schießen liegend freihändig: 1. Preis Karl Dieckhoff, Waldbad 66 Ringe, 2. Viktor Kiefer, Waldbad 57, 3. Otto Treber, Döbel 57, 4. Eugen Joste, Döbel 57, 5. Albert Keweweller, Dönnach 57, 6. E. Wagner, Birkenfeld 57, 7. W. Schötle, Döbel 56, 8. Fritz Heiner, Waldbad 56, 9. Ludwig Fix, Birkenfeld 56, 10. Ros. Vott sen., Waldbad 55, 11. Walter Morlok, Dönnach 55, 12. W. Schäfer, Schwann 53, 13. W. Walter, Döbel 53, 14. Willi Eitel, Waldbad 53, 15. Kometisch, Hülzingen 53, 16. Hörter, Dönnach 53, 17. Eug. König, Döbel 53, 18. Hermann Knöller, Döbel 53, 19. Ernst Duf, Schwann 53, 20. Jakob Messerle, Waldbad 53, 21. Friedr. Knöller, Döbel 53, 22. Anton Gockler, Döbel 53, 23. Fritz Gierbach, Enzthal 53, 24. Ehr. Keweweller, Dönnach 53, 25. Richard Knapp, Waldbad 53, 26. Wilh. Kaufmann, Waldbad 53, 27. Marco, Schwann 53, 28. Rudolf Schötle, Waldbad 53, 29. K. Burfer, Calmbach 53, 30. Max Deich, Calmbach 53, 31. Alfred Jäger, Calmbach 53, 32. Hermann Roth, Ottenhausen 52, 33. Georg Gahner, Enzthal 52, 34. Walter Jodler, Birkenfeld 52, 35. Purthard sen., Schwann 52, 36. Albert Müller, Hülzingen 52, 37. Orammel, Enzthal 52, 38. Daberer, Enzthal 52, 39. W. Wagner, Enzthal 52, 40. Wilhelm Hauffert, Waldbad 52, 41. Rudolf Jäger, Waldbad 52, 42. K. Koller, Enzthal 52, 43. E. Kentschler, Dönnach 52, 44. Gottl. Eitel, Waldbad 52 Ringe.

Einzel-schießen stehend freihändig: 1. Preis Viktor Kiefer, Waldbad 32 Ringe, 2. Kometisch, Hülzingen 32, 3. Wilhelm Kaufmann, Waldbad 32, 4. Karl Dieckhoff, Waldbad 31, 5. K. Müller, Hülzingen 31, 6. W. Schötle, Döbel 30, 7. K. Schötle, Waldbad 29, 8. Jodler, Birkenfeld 29, 9. Fritz Krauß, Waldbad 28, 10. J. Messerle, Waldbad 28, 11. H. Knöller, Döbel 28, 12. Hermann Roth, Ottenhausen 28, 13. Walter Kiefer, Waldbad 28 Ringe.

Jungschützen: 1. Preis: Fritz Vink, Waldbad 33 Ringe, 2. Otto Böhlinger, Schwann 30, 3. Hermann Fischer, Waldbad 28, 4. Erwin Heine, Waldbad 25, 5. Wilhelm Hammer, Waldbad 23 Ringe.

Auf die von Herrn Walter Frische, Hotelier, gestifteten Ehrenpreise wurden von 99 Schützen 96 Treffer erzielt. Zu besten Treffern wurden in folgender Reihenfolge mit Punkten bedacht: 1. Maiber, Enzthal, 2. Rodenschlag, Enzthal.

Die für nachmittags und abends geplanten Unterhaltungen im Rembahallen wurden leider wegen des nachmittags einsetzenden Regens ausfallen. Dafür war abends nach der Preisverteilung in der Rembahalle noch gemütliches Beisammensein. Anlässlich dieses wurden durch den Vorstand der Krieger- und Militärvereine Waldbad einigen Schützen folgende Auszeichnungen überreicht: Hermann Blum eine kleine goldene Medaille, J. Messerle die große bronzene Medaille des Württ. Kriegerbundes, Willi Eitel die kleine silberne Ehrennadel des Reichskriegerbundes Aufhäuser.

Nach einigen fröhlich verbrachten Stunden trennten sich die Teilnehmer mit dem Bewußtsein, daß in der Werbung für den Schießsport mit der abgehaltenen Veranstaltung ein guter Schritt vorwärts getan wurde.

Gartenmonat Juni

Der Blumenfreund hat im Juni viel zu schaffen und zu sorgen um seine Lieblinge. Die letzten Gruppenblätter: wieder und mittelhohe Aehren, Löwenmäulchen, Zinnien, Salzfarnien, Begonien, Lobelien u. a. finden ihren endgültigen Platz. Auch sonst hat der Blumenfreund viel zu tun. Blumen-

Die kleine Frau Storkow

Anna von Schenck

86

„Und ... keiner ... hilft! Keiner kämpft wider die Willkür! Ob ... ist doch mein Vaterland, meine Heimat, Rußland ... Du Land der Willkür! Das Banner der Freiheit wälzen sie auf Pfählen und ... die Knechtschaft über das Land. Man muß doch etwas tun, daß den Offizieren Gerechtigkeit wird. Ich weiß ja nicht, was sie wollen, aber ich fühle ... sie ... ernten für ihren alten Willen den Tod!“

Maria sagte erregt: „Man muß etwas tun! Wir sind nicht auf die Erde getreten, daß wir stumm zusehen, wenn Unrecht geschieht und Willkür regiert.“

„Was willst du tun, mein Goldfisch!“ rief die Alte traurig. „Laß einen Panzer um dein warmes, gutes Herz schlagen, daß es nicht abstrich in der Heimat!“

„Man muß zum Präsidenten gehen.“

„Er wird es nicht wagen, Gassotich zu töten!“

Maria überlegte, plötzlich kam ihr ein Gedanke. An Olga Romanowitsch dachte sie.

„Ja ihr würde sie morgen gehen. Morgen hätte sie Zeit, denn es war noch keine Sitzung angesetzt. Würde mit ihr reden. Sie hatte bei der Regierung großen Einfluß. Vielleicht wagte es die Frau, gegen Gassotich aufzutreten.“

Aber sie schweig über ihr Vorhaben.

Am nächsten Tage nach der Mittagstafel, bei der man Oberst Gassotich eine noch nie sonst gespürte Unruhe an-

merkte, denn er war so lebhaft und gesprächig wie noch nie, hat sich Maria das Auto aus. Erklärte, daß sie Frau Olga Romanowitsch einen Besuch abstatten wolle.

Gassotich sagte ihr natürlich sofort liebenswürdig zu. Und eine Stunde später ließ sich Maria bei der Volkskommissarin für die Frauenarbeit in Rußland melden.

Dreimal mußte die Angestellte Maria melden, ehe die Volkskommissarin begriffen hatte. Dann sagte sie zu der Frau, mit der sie verhandelte: „Genossin ... ich muß Sie jetzt für eine kurze Spanne Zeit um Gebuld bitten.“

„Ich warte ja gern, Olga Romanowitsch!“ sagte die Frau schnell. „Wenn Sie mir nur helfen!“

„Ich werde alles tun, was ich vermag!“

Dann schritt sie in das Vorzimmer, in dem Maria Ivanowna auf sie wartete. Ueberaus herzlich begrüßte die schöne Frau Maria Ivanowna.

„Wie ich mich freue, Maria Ivanowna, daß Sie auch einmal allein den Weg zu mir finden! Seien Sie mir willkommen!“

„Ich komme ungelegen, Olga Romanowitsch?“ fragte Maria. „Ritten in Ihre Arbeit schneide ich hinein. Aber ... ich komme nicht nur, um mit Ihnen zu klauern. Eine Bitte habe ich in mir.“

Olga umschlang sie und führte sie in ihr Wohnzimmer. Maria hatte kaum Platz genommen, da summte der Samowar schon seine empfindliche Pfeife und doch immer wieder anheimelnde Melodie.

„Erzählen Sie, kleine Frau, was haben Sie auf dem Herzen?“

„Ich komme ... wegen Oberst Gassotich!“ sagte Maria ernst.

„Ah ... hat er Ihnen einen Antrag gemacht?“

„Rein! Es ist etwas ganz anderes, Olga Romanowitsch! Der Gang zu Ihnen fällt mir nicht ganz leicht. Oberst Gassotich gewährt uns die Gastfreundschaft, aber ... ich muß trotzdem jetzt undankbar für diese Gastfreundschaft

sein. Hören Sie mich an, Frau Olga. Gestern abend waren die Offiziere des Regiments Infanterie in dem Obersten

Frau Olga erhob sich mit einem Laut des Staunens. „Ah ... ausgezeichnet ... die Delegation des Regiments, geführt von Oberleutnant Senow, kam mit einer Besondere.“

„Sie wissen?“

„Alles!“ sagte Olga rasch. „Alles, das Angeheuerliche weiß ich, denn ... eben habe ich mit der Frau des Oberleutnants Senow gesprochen, sie ist zu mir gekommen und hat mir mein erzähl, daß man ihren Garten we die ganze Delegation ins Militärgefängnis gebracht hat.“

„Ins Gefängnis der Zister!“ sagte Maria.

Frau Olga erbleichte. „Um Gotteswillen ... das ist bitter. Wer weiß, ob wir sie da retten können.“

„Frau Olga ...“ nahm Maria wieder das Wort. „Ich habe alles mit angehört. Nicht alles konnte ich verstehen, denn sie sprachen so rasch und es klang dumpf zu uns empor. Aber ... das fühle ich ... hier geschieht ein bitteres Unrecht, gegen das sich alle Menschlichkeit in mir aufbäumt. Ich kann nichts tun! Ich bin ja nur Gast in diesem Lande! Aber ich bitte Sie ... ich bitte Sie, tun Sie alles, daß die Männer — sie mögen Recht oder Unrecht haben, ich weiß es nicht, daß sie nicht das Opfer einer Despotie ohnegleichen werden.“

Frau Olgas Augen leuchteten wild auf.

„Ja, ja, ich will alles tun! Ich muß es, mein Herz verlangt es, daß ich helfe. Mir ist ja die seltsame Begleitung widerfahren. Maria Ivanowna ... Ihnen muß ich es sagen ... ein Mensch, ein guter Mensch muß es hören, ihm muß ich mich anvertrauen ... ich liebe ... ich liebe!“

Maria erzitterte unter den Worten.

„Angstvoll starrte sie auf die Sprecherin.“

(Fortsetzung folgt.)

berst müssen gelockert und unkrautfrei gehalten werden. Schwere lehmige Böden, die nach Regen leicht verkrusten, verlangen Aufzuchtung mit Dacke oder Darle. Bei Mäsen mit Blumenbeeten wechseln, muß der Rasen oft geschnitten werden. Die Rasenmasse kann zum Abdichten der Ziegeln gegen die heiße Junisonne verwendet werden. Die langen, heißen Junitage fordern ein ausgiebiges Bewässern der Blumen. Dabei hat nicht nur die einzelnen Pflanzen zu gießen, sondern die Blumenbeete als Ganzes zu überbrausen. Das Gießen oder Überbrausen geschieht am besten am Abend. Daneben ist für die richtige Ernährung der Blütengewächse Sorge zu tragen. Sehr gut und sofort verwendbar ist kräftige Jauche aus Hinderdung. Doch muß sie stark verdünnt werden. Auf und Verteilung der Jauche kommen Dreiviertelkanen Wasser ein trockene Beete darf Galle nicht geschüttet werden. Auf die Düngung geschieht am erfolgreichsten nach den starken Regenfällen abendlicher Jungwetter. Neben dieser allgemeinen Pflege bedarf jede Pflanze ihrer besonderen Pflege. Der Blumenfreund lese im Gartenbuch nach und handle so. Blumen — außer den obengenannten — die im Juni besondere Pflege erfordern, sind Rosen, Lilien, Schwertlilien, Nelken, Sommerliche Wicken, Staudenpapilien und Gladiolen. Vornehmlich die Anzucht der Herbstblüher wie der Dahlien und winterharten Chrysanthemem. Kültungsgeld: Teuchien und Weigeln können im Juni durch Stecklinge vermehrt werden.

Württemberg.

Unterriechbach, O.A. Calw, 4. Juni. (Ein Unhold.) Vorgestern Nacht ist es nunmehr gelungen, den Ueberfall auf ein junges hiesiges Mädchen bei Bielesberg aufzuklären. Der in Hohenfeld verhaftete und inzwischen in das Amtsgerichtsgefängnis Neuenbürg eingelieferte Mann hat die Untat eingestanden; was ihn zu seinem gemauerten Verurteilungsverdikt, ist noch nicht bekannt.

Hellbronn, 4. Juni. (Zur Stadtverordnetenwahl.) In einer Bürgerversammlung stellten sich am Mittwoch abend um den ursprünglichen Wahltermin zur Stadtverordnetenwahl den Wählern, die in nicht gerade übermäßiger Zahl erschienen waren, Verkehrsrichter Dr. Theodor Braunschweig und Rechtsanwalt Gustav Schreiber-Stuttgart vor. Die beiden Bewerber sind in den letzten Tagen bereits von ihrer Bewegung zurückgetreten. Dr. Wöhe entschiedete vor den Wählern ein allgemein gehaltenes, wohl begründetes kommunales Programm; Rechtsanwalt Schreiber trat sich einseitig auf seine kommunalistischen Ideen hin. Erstinstanzliche Konkurrenz dürften diese beiden Bewerber im Wahlkampf gegenüber dem bisherigen Oberbürgermeister Beutinger wohl kaum werden, nachdem sich als erste die Sozialdemokratische Partei bereits für die Unterstützung der Wiederwahl Beutingers ausgesprochen hat.

Stuttgart, 4. Juni. (Brotpreiserhöhung.) Von Freitag ab werden die Brotkränze wieder die gleichen sein wie vor der letzten Erhöhung. Es werden also die Preise für Weizenbrot um durchschnittlich 2 Pfennig, die Preise für Roggenmischbrot um 1 Pfennig für das Kilo ermäßigt.

Stuttgart, 4. Juni. (Paul Nihau stellt sich der Polizei.) Gegen den hiesigen Paul Nihau alias Brenken, der im Zusammenhang der Deutschen Autoversicherung eine Rolle spielt, wurde bekanntlich ein Steckbrief erlassen. Nun hat sich Paul Nihau, wie sein Verteidiger mitteilt, selbst der Polizei gestellt.

Stuttgart, 4. Juni. (Wertvolle Funde aus der Goethezeit.) In einer Familienruhe wurde die Originalhandschrift Goethes mit dem beschrifteten Trauerumschlag und Siegel aufgefunden, die in ihrer Vollständigkeit in keiner privaten Goethe-Sammlung und auch nicht in den Goethe-Archiven vorhanden ist.

Wachung, 4. Juni. (Zur Stadtverordnetenwahl.) In der Versammlung der Bürgervereine am letzten Dienstag, die sehr gut besucht war, wurde auch die Wahl des Stadtverordneten besprochen. Einmütig wurde beschlossen, die Wiederwahl des bisherigen Amtsinhabers Dr. Kleinhardt i. d. R. zu unterstützen.

Stuttgart, 4. Juni. (Gewerbebank-Prozess.) Heute in den Abendstunden wurde im Gewerbebankprozess das mit Spannung erwartete Urteil gefällt. Wegen je eines in fortgesetzter Handlung gemeinschaftlich begangenen Vergehens der Untreue, des Betrugs und des verurteilten Betrugs durch falsche Bilanzen wurde der frühere Bankdirektor Nihau zu elf Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe und der frühere Bankkassier Hüttelmeier zu sechs Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem haben die beiden Angeklagten die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Untersuchungsinstanz wird zum Teil angerechnet und zwar bei Nihau mit vier Monaten und bei Hüttelmeier mit drei Monaten, dazu ersfällt bei Hüttelmeier die Geldstrafe. Das Gericht erkannte trotz der von den Verteidigern und den Sachverständigen gemachten Einwendungen, die Gewerbebank sei nicht ein Opfer der Vergehen der beiden Direktoren, sondern ein Opfer unglücklicher Geschäftsgeschäfte der Hauptkreditnehmer geworden, die durch Vorlage falscher Bilanzen und unrichtige Angabe der Kassenstände und der Vermögenslagen den angeklagten Direktor getäuscht haben, bei beiden Angeklagten auf Untreue gegenüber der Gesellschaft infolge der Gewährung von hoher Kredit, unvernünftiger Spekulationen und Lotteriespielen. Der Gesamtschaden, der der früheren Gewerbebank entstand, beläuft sich auf 330000 Mark.

Wetterstetten, O.A. Mühlhausen, 4. Juni. (Kurzschluss in der Volkshochschule.) Montag nacht kurz nach 1 Uhr wurde ein Teil der Volkshochschule durch ein außergewöhnliches Ereignis aus dem Schlaf geweckt. An einem Hauptmast der 20000 Voltleitung gab es ein seltsames Kurzschluss. Es war im Moment, dem Feuerwerk, das sich da abspielte, zuzusehen. Es ratterte wie der Motor eines schweren Lastwagens und knallte wie Gewehrschüsse, Teile der schweren Masten fielen zur Erde. Der Feuersturm ging so lange, bis das Umschaltwerk heruntergefallen durch die Unfallstelle benachrichtigt wurde.

Die amtliche Untersuchung des Rathausstreites

Reutlingen, 4. Juni. Wie bereits mitgeteilt, hat die württembergische Regierung (Ministerialabteilung für die Bezirks- und Körperschaftsverwaltung) durch einen Regierungskommissar, den Oberregierungsrat Dr. Battenberg, die amtliche Untersuchung der Vorgänge, die zum Auszug der Rathausfraktion der D.D.P., der S.D. und der D.V.P. führten, noch am Mittwoch vormittag auf dem hiesigen Rathaus aufnehmen lassen. Die Grundlage für diese Untersuchung bildet der beim Innenministerium abgebrachte Antrag der in Frage kommenden Stadträte zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sie selbst, sowie der in zwischen auch von der Stadtverwaltung gestellte Strafantrag wegen Dienstverweigerung. Diese Seite der Angelegenheit ist, so schreibt der „Generalanzeiger“, natürlich eine rein formale, und sie kann durch Verweise, oder im strengsten Falle, durch Geldstrafen zu einer angestrebten Sühne nach der rein gesetzgeberischen Seite geführt werden. Viel wichtiger erscheint als der Schwerpunkt der ganzen Sache die Seite der Untersuchung, ob letztere auf dem Weg der disziplinarischen Abhandlung der formalen Berücksichtigung der Stadträte der zweiten Untersuchung näher führt, die von der Staatsanwaltschaft wegen des anonymen Schriftstücks eingeleitet ist. Dann wird von dem Regierungskommissar weiterhin auch darüber Grund zu machen sein, was es mit dem

angeblichen Wahlversprechen an den Reichsrat auf sich hat. Weiter wird sich die disziplinarische Untersuchung auf Erhebungen darüber erstrecken, ob persönliche oder politische Geschäftigkeit gegen den Stadtvorstand die Stadträte veranlasste, dem Oberbürgermeister persönlich gegenüber die Dienste zu verweigern. Heute ruht wegen des Kronleichenamietags die amtliche Fortvernehmung der Angeklagten und der Zeugen, am Freitag wird aber mit diesem wichtigen Erhebungsgegenstand durch Oberregierungsrat Dr. Battenberg fortgefahren werden. Wie verlautet, wird auch der Oberstaatsanwalt in den nächsten Tagen in Reutlingens Mauern weilen, um die Untersuchung nach der strafrechtlichen Seite wegen der Verleumdungen in dem anonymen Schriftstück weiter zu fördern.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 4. Juni. (Schlachtmärkte.) Dem Donnerstagmarkt am Stadt-, Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 9 Jungbullen, 9 Kühe, 2 Röhre, 179 Kälber, 540 Schweine. Alles verkauft. Erlöse aus je 1 T. Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen a 35—36 (letzte Markt usw.), b 32—34 (aus), Kälber a 47—50 (aus), b 42—45 (aus), Kälbe —, Kälber b 61—65 (2—66), c 50—59 (55—60), Schweine a letzte über 300 Pf. 40—41 (42—43) b vollständig von 240—300 Pf. 41—42 (42—43), c von 200—240 Pf. 42—43 (43 bis 44), d von 160—200 Pf. 41—42 (41—43), e fleischlos von 120 bis 160 Pf. 39—40 (39—41), Soßen — Markt. Markterlöse: langsam.

Stuttgart, 4. Juni. (Holzverkäufe in Württemberg.) Im Monat Mai wurden bei den Holzverkäufen aus dem württ. Staatswald folgende Erlöse erzielt: Nadelholzholz Fichten und Tannen 52121 Pfennig 57%, gegen 62%, im April und 60%, im März; Föhren und Lärchen 4043 Pf. 68%, gegen 69%, im April und 70%, im März; Nadelholzholz: Buchenholz 42—43 (43 bis 44), d von 160—200 Pf. 41—42 (41—43), e fleischlos von 120 bis 160 Pf. 39—40 (39—41), Soßen — Markt. Markterlöse: langsam.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 4. Juni. Der Privatdiskont ist für beide Seiten um ein Viertel auf 1 sieben Prozent erhöht worden.

Brüssel, 4. Juni. Professor Picard ist in Brüssel eingetroffen. Er wurde vom Prinzen Leopold, vom Verkehrs-

minister, dem Vorstande der belgischen Stiftung für wissenschaftliche Forschungen, mehreren Professoren der Universitäten Brüssel und Löwen sowie zahlreichen Persönlichkeiten feierlich empfangen. Eine große Menschenmenge begrüßte ihn begeistert. Ingenieur Ribier, der nach Brüssel auf dem Luftwege zurückgekehrt war, traf mit Professor Picard am Bahnhof wieder zusammen.

Washington, 4. Juni. Die 800 Millionen-Dollar-Anleihe, die zum Zinsfuß von 3½ Prozent aufgenommen wird, und deren Ertrag den Fehlbetrag des diesjährigen Haushalts ausgleichen soll, wurde gestern mehr als achtmal überzeichnet. Die gezeichnete Summe übersteigt 6 Milliarden Dollar.

New York, 4. Juni. Die Handelskammer des Staates New York hat mit 200 gegen 3 Stimmen eine Entscheidung angenommen, in der für ein Einfahrverbot russischer Waren und gegen die Ausfuhr von Industriewaren nach Russland eingetreten wird.

Knabenmord in Berlin-Lichterfelde

Berlin, 4. Juni. Der Weichensteller Vögte machte gestern abend, als er gegen 22 Uhr vom Dienste in seine Wohnung in Berlin-Lichterfelde zurückkehrte, eine furchtbare Entdeckung. Sein zehnjähriger Sohn Manfred, der aus der Ehe mit seiner ersten, von ihm geschiedenen Frau stammt, lag erdrosselt auf dem Fußboden der Wohnung. Eine Gardineknäuel war um den Hals des Knaben geschlungen, die Kulsader des linken Handgelenkes war durchschnitten. Man nimmt an, daß die jetzige Ehefrau des Weichenstellers, die mit ihm in Unfrieden lebte, die grausame Tat begangen hat. Sie hat gestern nachmittag gegen 10 Uhr die Wohnung verlassen und ist seitdem nicht wieder gesehen worden. Wahrscheinlich hat sie ein Sparfassenbuch über einen Betrag von etwa 1000 Mark, das in der Wohnung nicht gefunden wurde, mitgenommen.

Der furchtbare Knabenmord in Lichterfelde, dem der zehnjährige Manfred Vögte zum Opfer fiel, hat heute seinen tragischen Höhepunkt gefunden. Bei Konradstraße wurde die Leiche einer Frau gefunden, die einwandfrei als Frau Vögte wiedererkannt wurde. Das aus der Wohnung verschwundene Sparfassenbuch hat Frau Vögte vor ihrem Tode einer Nachbarin in Verwahrung gegeben. Einer Schwester der Frau Vögte war durch die Post ein Abschiedsbrief zugegangen, nach welchem die Tat als ein Verzweiflungsschritt anzusehen ist.

Im ganzen Haus

Sonderposten zu Sonderpreisen

ca. **6500 Mtr. Wasch-Stoffe** **38**
darunter Mousseline, Zefir, Traditionsstoffe, Tweed, Panama etc. Serie III **88** Serie II **68** Serie I

ca. **6000 Mtr. Wasch-Kunstseide** **55**
einfarbig und bedruckt Serie IV **1²⁵** Serie III **95** Serie II **78** Serie I

ca. **3000 Mtr. Woll-Mousseline** **95**
darunter einfarbig und gemustert in neuesten Dessins Serie III **1⁹⁵** Serie II **1⁶⁵** Serie I

ca. **1200 Sommer-Kleider** **1⁹⁵**
allerneueste Façons u. Stoffe, einfarb., sowie gemustert darunter Waschstoffe, wie Voile, Waschseide, Mousseline 38.-, 29.75, 22.-, 13.-, 9.75, 8.80, 5.98.

I groß. Posten **Damen-Mäntel** **975**
darunter englischer Art, Herren-Stoffe, Charmelaine und Georgette, fast alle ganz gefüttert 48.-, 38.-, 29.75, 24.30, 16.80.

ca. **5000 Paar Damenstrümpfe** **75**
hochwertige Qualitäten in Macco, Seidenflor, Waschseide und Wasch-Kunstseide plattiert Serie III **1.75**, Serie II **1.45**, Serie I

ca. **1000 garnierte Damen-Hüte** zu ermäßigten Serienpreisen **75**
Serie IV **4⁵⁰** Serie III **2⁵⁰** Serie II **1⁸⁵** Serie I

ca. **500 Bade-Anzüge** für Damen u. Herrn **95**
darunter bekannte Marken Serie III **2⁹⁵** Serie II **1⁹⁵** Serie I

KNOPPE

Pforzheim

Schriftlich und telefonisch bestellte Waren werden prompt erledigt. Gekaufte Waren werden kostenlos mit unserem Auto zugestellt.



Bekanntmachung

über die Frist für die Abgabe von Vermögens-Erklärungen.

Die Vermögenserklärungen über das Vermögen vom 1. Januar 1931 sind in der Zeit vom 15. bis 30. Juni 1931

unter Benützung der vorgefertigten Vordrucke abzugeben. Die Vordrucke werden den Steuerpflichtigen rechtzeitig vom Finanzamt überhandt. Wer am 1. Januar 1931 ein steuerpflichtiges Gesamtvermögen von mehr als 20000 RM. besessen hat, muß, auch wenn er einen Vordruck vom Finanzamt nicht überhandt erhält, eine Vermögenserklärung abgeben; der hierfür erforderliche Vordruck ist vom Finanzamt anzufordern.

Neuenbürg, den 5. Juni 1931.

Finanzamt Neuenbürg.

Fleckenwuchstgenossenschaft Neuenbürg.

Die Stallbesichtigungen durch den Herren Tierzuchtinspektor finden am Freitag den 5. und Samstag den 6. Juni, evtl. noch Montag den 8. Juni, statt (Anfang Unteres Amt, dann Hinteres Amt und Waldgemeinden).

Neuanmeldungen von Mitgliedern und anzukündenden Tieren müssen raschmöglichst an eines der im Ort wohnhaften Mitglieder oder beim Unterzeichneten gemacht werden.

Neuenbürg, den 30. Mai 1931.

Vereinsvorstand: Veterinär Dr. Sachs.

Gemeinde Birkenfeld.

Bekanntmachung.

Der Haushaltsplan der Gemeinde Birkenfeld für 1931 liegt eine Woche lang vom 5. bis 12. Juni 1931 zur Einsicht der Gemeinde-Einwohner auf dem Rathaus auf.

Birkenfeld, den 3. Juni 1931.

Bürgermeisteramt: Neuhaus.

Gemeinde Birkenfeld.

Das Heu- und Dehmdgras

von folgenden Gemeindegrundstücken wird im öffentlichen Aufsteich verpachtet:

Parz. Nr. 6632 Neuwiesen	17 a 37 qm
Parz. Nr. 6677 Auwiesen (bei der Haltestelle)	12 a 56 qm
Parz. Nr. 1849 Weiherwiesen	42 a 24 qm
Parz. Nr. 1755 Weiherwiesen	10 a 64 qm
Parz. Nr. 1771 Weiherwiesen	3 a 96 qm
Parz. Nr. 1777 Weiherwiesen	6 a 57 qm
Parz. Nr. 1774 Weiherwiesen	3 a 45 qm
	24 a 62 qm

Zusammenkunft Montag den 8. Juni 1931, abends 6 Uhr, auf der Gemeindepflege.

Birkenfeld, den 4. Juni 1931.

Bürgermeisteramt: Neuhaus.

Hochzeits-Karten

liefert die C. Neeh'sche Buchdruckerei.

Forstamt Neuenbürg.

Wegbau-Altford.

Die Wiederherstellung der abgerutschten Böschungen des linksseitigen Ebnachtalsträßchens mit einer Ueberschlagssumme von 14400 Mark ist zu vergeben. Verschlüsselt schriftliche Angebote in Prozenten des Voranschlags bis Dienstag den 9. Juni, vormittags 11 Uhr, an das Forstamt, das auf Wunsch nähere Auskunft erteilt.

Verloren

ging auf dem Weg von Wildbad nach Brödingen eine

Fußwinde

Um Rückgabe wird gebeten.

Friedrich Staib,

Brödingen, Wildbaderstr. 48

Herrenalb.

3 Morgen

Heu- und Dehmdgras

hat zu verkaufen.

Fr. Pfeiffer, Holzhändler.

Birkenfeld.

Der Grasertrag

von ca. 70 Hektar Wiesen an der Wildbader Straße ist äußerst billig zu verkaufen.
R. Guggelmann, Bahnh., Posten 10.

EMIL KLING

FRIEDA KLING, GEB. BÜCKLE

zeigen ihre Vermählung an

Pfinzweiler

Frauenalb

6. Juni 1931

Kirchgang mittags 12 Uhr in Herrenalb

Arnbach.

Hochzeits-Einladung

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag den 7. Juni 1931

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Ochsen“ in Arnbach

freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Emil König, Chauffeur,

Sohn des Emil König, Landwirts.

Mina Stoll,

Tochter des Karl Stoll, Schreinermeisters.

Kirchgang 11 Uhr in Grödenhausen.

Grösseltal.

Nächsten Sonntag den 7. Juni (bei günstiger Witterung) von 3 Uhr ab

großes Garten-Konzert,

ausgeführt von der Harmoniekapelle des Musik-Bereins Neuenbürg.

Am Montag den 8. Juni, abends 20 Uhr 30, spielt im Kur-saal in Wildbad eine der gefestesten Geigerinnen der Gegenwart

Catharina Bosch-Möckel

aus Stuttgart.

Das Programm wird das Violin-Konzert g moll von Max Bruch, sowie ungarische Tänze von Brahms-Joachim bringen.

Näheres siehe redaktioneller Teil in morgiger Ausgabe. Karten im Vorverkauf an der Kasse des König Karlsbades und an der Abendkasse.

Herrenalb.

Kommenden Samstag abend 6 1/2 Uhr verkaufen wir

zirca 15 Morgen

Heu- u. Dehmdgras

in ca 20 Losen. Zusammenkunft bei der Heuschneer im Döbelsal.

Karl Geuser A.-G.,
Dampfsägewerk.

Pfinzweiler-Obernhausen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag den 7. Juni 1931

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Sonne“ in Pfinzweiler freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Wilhelm Klinck,

Sohn des Ernst Klinck, Fabrikarbeiters, Pfinzweiler.

Lina Reuster,

Tochter des Karl Reuster, Spfermstr., Oberhausen.

Kirchgang 11 Uhr in Feldrennach.

Döbel.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, Schulfreunde und Schulfreundinnen zu unserer am

Sonntag den 7. Juni 1931

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Ochsen“ freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Eduard König,

Sohn des Wilh. Fr. König, Wegwarts.

Pauline Maulbetsch,

Tochter des Christian Maulbetsch, Maurers.

Kirchgang 10 Uhr.

Die zweite Woche TOTAL-AUSVERKAUF

Beginn 30. Mai 1931

Trotz des Riesenbetriebs der ersten Ausverkaufswoche sind noch fast alle unsere Läger mit den bekannt guten WRONKER-Qualitätswaren reichlich gefüllt. Wir müssen das Haus in kürzester Frist räumen und geben daher auch weiterhin in großzügiger Weise auf alle Waren

20-50 Prozent R A B A T T

mit Ausnahme weniger Netto- und Marken-Artikel Samstag von 10 bis 7 Uhr abends durchgehend geöffnet!

WRONKER

Pforzheim